

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 27. März 1985

am Donnerstag, dem 28. März 1985

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amling (SPD)	47, 48	Haase (Fürth) (SPD)	34, 77
Austermann (CDU/CSU)	28, 29	Hedrich (CDU/CSU)	25, 26
Bamberg (SPD)	6, 7	Hinsken (CDU/CSU)	64, 65
Frau Dr. Bard (DIE GRÜNEN)	27, 60	Horn (SPD)	89, 123
Baum (FDP)	8, 9	Huonker (SPD)	20, 21
Berger (CDU/CSU)	93, 94	Dr. Hupka (CDU/CSU)	128, 129
Bindig (SPD)	130, 131	Immer (Altenkirchen) (SPD)	106, 107
Frau Blunck (SPD)	10, 11	Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	1, 2
Breddehorn (FDP)	61, 62	Dr. Jens (SPD)	56
Carstensen (Nordstrand) (CDU/CSU)	111	Jungmann (SPD)	85, 86
Conradi (SPD)	24, 67	Kirschner (SPD)	75, 76
Delorme (SPD)	100, 101	Kißlinger (SPD)	41
Eigen (CDU/CSU)	66	Dr. Klejdzinski (SPD)	87, 88
Dr. Enders (SPD)	22, 23	Klose (SPD)	119, 120
Dr. Feldmann (FDP)	115, 116	Dr. Kübler (SPD)	54, 55
Fellner (CDU/CSU)	12, 13	Lambinus (SPD)	40, 78
Gansel (SPD)	84, 121	Dr. Lammert (CDU/CSU)	57
Gerstl (Passau) (SPD)	37	Lattmann (CDU/CSU)	3, 4
Dr. Göhner (CDU/CSU)	63	Dr. Laufs (CDU/CSU)	102, 103
Frau Gottwald (DIE GRÜNEN)	114, 124	Löffler (SPD)	68, 69
Grünbeck (FDP)	53, 81	Lutz (SPD)	32, 33
Dr. Haack (SPD)	35, 36	Milz (CDU/CSU)	79, 80

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Müller (Schweinfurt) (SPD)	38, 39	Dr. Soell (SPD)	108
Neumann (Bramsche) (SPD)	122	Dr. Sperling (SPD)	95, 96
Pauli (SPD)	90, 91	Dr. Spöri (SPD)	18, 19
Frau Reetz (DIE GRÜNEN)	97, 127	Stahl (Kempen) (SPD)	125, 126
Reschke (SPD)	73, 74	Frau Steinhauer (SPD)	72
Dr. Riedl (München) (CDU/CSU)	14, 15	Stiegler (SPD)	109, 110
Schanz (SPD)	112, 113	Toetemeyer (SPD)	117, 118
Schemken (CDU/CSU)	58, 59	Uldall (CDU/CSU)	51, 52
Dr. Schierholz (DIE GRÜNEN)	5, 132	Vahlberg (SPD)	43, 44
Schlottmann (CDU/CSU)	104, 105	Verheugen (SPD)	49, 50
Schmidt (München) (SPD)	42	Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN)	82, 83
Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	30, 31	Weiß (CDU/CSU)	98, 99
Dr. Schöfberger (SPD)	45, 46	Dr. Weng (Gerlingen) (FDP)	16, 17
Schulze (Berlin) (CDU/CSU)	70, 71	Würtz (SPD)	92

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	13
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	18
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	19
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	20
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	20

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)

Wann ist – entsprechend der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 4. Mai 1983, Abschnitt II – mit der Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Erleichterung des Adoptionsrechts im Sinne eines wirksamen Schutzes des ungeborenen Lebens zu rechnen?
2. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)

In welchen Fällen wird nach den Erkenntnissen der Bundesregierung nach § 1912 des Bürgerlichen Gesetzbuches ein Pfleger für ein von der Abtreibung bedrohtes ungeborenes Kind bestellt, und wie viele derartige Fälle sind in der Praxis der Bundesrepublik Deutschland im vergangenen Jahr vorgekommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

3. Abgeordneter
Lattmann
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung das von dem Handwerksmeister Richard Vetter aus Peine entwickelte Heizsystem „Veritherm“ bekannt, mit dem nur die Hälfte der Heizenergie konventioneller Anlagen benötigt und etwa 92 v. H. des im Brennstoff enthaltenen Schwefels zurückgehalten wird, und wie beurteilt sie dieses System insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Energieeinsparung und des Umweltschutzes?
4. Abgeordneter
Lattmann
(CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, eine technologisch und umweltpolitisch wegweisende Erfindung, bei deren umfassender Durchsetzung einem einzelnen Handwerksmeister Grenzen gesetzt sind, sowohl bei der weiteren Erprobung, als auch bei der Markteinführung zu unterstützen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

5. Abgeordneter
Dr. Schierholz
(DIE GRÜNEN)

Welchen Wahrheitsgehalt mißt die Bundesregierung der Meldung des Fernsehmagazins „Monitor“ zu, wonach der jetzige Bundeskanzler im Jahr 1969 persönlich beim Finanzministerium des Landes Rheinland-Pfalz zugunsten einer Tarnorganisation zum Einsammeln illegaler Parteispenden (Sitz Linz, Rhein) interveniert hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|---|---|
| 6. Abgeordneter
Bamberg
(SPD) | Bis wann ist die Bundesregierung bereit, die Empfehlung des Bundesrechnungshofes aufzugreifen und dessen Aufforderung nachzukommen, die Arbeitszeitordnung für Bundesbeamte dergestalt zu ändern, daß dabei das Bundesrecht den Regelungen der Länder angeglichen wird bzw. alle Regelungen zur gleitenden Arbeitszeit bei Bundesbehörden zu einer gemeinsamen Geschäftsordnung zusammenzufassen? |
| 7. Abgeordneter
Bamberg
(SPD) | Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, schon jetzt im Sinne der Gleichbehandlung die den Arbeitern und Angestellten bei bestimmten Bundesbehörden tariflich zugesicherte Arbeitsbefreiung am Heiligen Abend und an Sylvester ab 12.00 Uhr auch den Bundesbeamten zugute kommen zu lassen bzw. auch hier die wesentlich günstigere Regelung für Länderbedienstete zu gewähren? |
| 8. Abgeordneter
Baum
(FDP) | Welche Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, das Wissenschaftliche Direktorium des Ostkollegs, das 27 Jahre lang entscheidend zur wissenschaftlichen und politischen Unabhängigkeit des Ostkollegs beigetragen hat, aufzulösen? |
| 9. Abgeordneter
Baum
(FDP) | Welche Stellung bezieht die Bundesregierung zur Erklärung der ehemaligen Mitglieder des Wissenschaftlichen Direktoriums des Ostkollegs vom 14. März 1985 und den darin geäußerten Bedenken in bezug auf die künftige Arbeit des Ostkollegs? |
| 10. Abgeordnete
Frau Blunck
(SPD) | Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung angesichts der jetzt festgestellten Fluorbelastungen im Kreis Pinneberg ergriffen, um die schädlichen Emissionen nach dem bestmöglichen Standard zu reduzieren? |
| 11. Abgeordnete
Frau Blunck
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, zur Vermeidung von gesundheitlichen Schäden bei der Bevölkerung und zur Verringerung von Gefährdungen bei der landwirtschaftlichen Produktion in diesem Gebiet zusammen mit dem Land Schleswig-Holstein nach entsprechender Erfassung sämtlicher Belastungswerte einen Luftreinhalteplan aufzustellen? |
| 12. Abgeordneter
Fellner
(CDU/CSU) | Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ vorgeht, um für spektakuläre „antifaschistische Manifestationen“ im Sinne Moskau-orientierter Kommunisten möglichst zahlreiche Nichtkommunisten zu gewinnen? |

13. Abgeordneter
Fellner
(CDU/CSU)
- Woraus ergibt sich der kommunistische Einfluß auf das „Vierte Forum der Krefelder Initiative“ im September 1984, und wie kommt die Bundesregierung dazu, von einer kommunistisch initiierten „Krefelder Initiative“ zu sprechen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

14. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Wie viele Bundesmittel für sogenannte größere Bauvorhaben der Titelgruppe 712 aus den Bundeshaushalten 1982, 1983 und 1984 sind als Ausgabereste in Abgang gestellt und damit der deutschen Bauwirtschaft entzogen worden?
15. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß mit einer vollen Inanspruchnahme der vom Parlament bewilligten Baumittel durch den Bund ein nicht unwesentlicher Beitrag zur Bewältigung der bekanntermaßen großen Schwierigkeiten in der deutschen Bauwirtschaft hätte geleistet werden können, und warum wurde diese Möglichkeit nicht genutzt?
16. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Wann gedenkt die Bundesregierung, ihr Privatisierungskonzept abschließend im Kabinett zu behandeln?
17. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Ist die Bundesregierung mit der FDP der Auffassung, daß die Prüfaufträge im Privatisierungskonzept des Bundesministers der Finanzen das Ziel haben, die Privatisierung der aufgeführten Unternehmen möglichst durchzuführen?
18. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Mit welchen finanziellen Anreizen kann der Käufer von abgasentgifteten Kraftfahrzeugen und der Kraftfahrzeughalter bei einer entsprechenden Umrüstung rechnen?
19. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Wie wird steuerlich mit Kraftfahrzeugkäufern und Kraftfahrzeughaltern verfahren, die sich im Vertrauen auf die von der Bundesregierung fest versprochenen Steueranreize ein umweltfreundliches Auto gekauft bzw. umgerüstet haben, wenn die Bundesregierung ihre steuerlichen Pläne zur Förderung des abgasarmen Autos wieder ändert?
20. Abgeordneter
Huonker
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung nach dem Urteil des Bundesfinanzhofs vom 7. Dezember 1984 die Rechtslage hinsichtlich des sogenannten Essensfreibetrags, und wird sie, sollte sie eine gesetzliche Grundlage für erforderlich halten, eine entsprechende Gesetzgebungsinitiative ergreifen?

21. Abgeordneter
Huonker
(SPD)
- Wie hoch müssen die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten im Sinne des Einkommensteuerrechts für ein Wohneigentum jeweils sein, damit die Aussage des Bundesministers der Finanzen zur künftigen steuerlichen Förderung selbstgenutzten Wohneigentums in der DFS-Tagesschau am 19. März 1985 zutrifft, „Das Sonderprogramm war... von vornherein befristet... aber für Bauwillige mit mehreren Kindern ist das neue Recht in der Regel – auch bei diesem Vergleich – besser“, – aufgeschlüsselt nach Steuerpflichtigen in der unteren Proportionalzone, Facharbeitern mit Durchschnittseinkommen und Steuerpflichtigen mit Spitzensteuersatz sowie nach dem Nominalwert und dem abgezinsten Barwert für den geförderten Zeitraum von acht Jahren?
22. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen des § 15 a EStG auf mittelständische Kommanditgesellschaften, deren wenige Kommanditisten sich häufig wegen Liquidationschwierigkeiten in der Anlaufphase von dieser Gesellschaftsform abwenden?
23. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)
- Sind der Bundesregierung die Klagen wegen der langen Bearbeitung von Schadenfällen bei den Kraftfahrzeug-Versicherungen bekannt, und hält sie Maßnahmen für eine beschleunigte Abwicklung für notwendig, damit ungebührliche Verzögerungen zum Nachteil von Versicherten vermieden werden?
24. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Ist der Abstand zwischen der Einkommensgrenze für Ledige und Verheiratete im Wohnungsbauprämiengesetz und im 4. Vermögensbildungsgesetz – als Leistungsgesetze – nach der Beurteilung der Bundesregierung verfassungsrechtlich zwingend geboten, und welches sind die Gründe für ihre Auffassung?
25. Abgeordneter
Hedrich
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen beabsichtigt die Bundesregierung, einen zuungunsten des Landkreises Soltau-Lüneburg veränderten Kostenteilungsschlüssel in Zukunft bei Neubau- und Sanierungsmaßnahmen der Straßen im Gebiet des Soltau-Lüneburg-Abkommens, d. h. im Bereich des Soltau-Lüneburg-Manövergebietes, zugrunde zu legen?
26. Abgeordneter
Hedrich
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die bisher gewährten Mittel für die Anschaffung und Unterhaltung der wegen der erhöhten Waldbrandgefahr in Manövergebieten erforderlichen zusätzlichen Feuerwehrfahrzeuge im Soltau-Lüneburger Manövergebiet zu streichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

27. Abgeordnete
**Frau
Dr. Bard**
(DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, daß das für den Artenschutz zuständige Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft im Falle von Ein- und Ausfuhren von Produkten, die in die Zuständigkeit des Bundesamtes für Wirtschaft fallen, nur beratende Funktion hat, an deren Empfehlung das Bundesamt für Wirtschaft sich nicht zu halten braucht, obwohl es keine Artenschutzfachleute beschäftigt?
28. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung dazu, daß in den Bundesländern und Kommunen durch Anschluß- und Benutzungszwang, Verbrennungsverbote und regionale Versorgungskonzepte teilweise eine gezielte Ölverdrängungspolitik stattfindet, und kann sie hierauf aktiven Einfluß nehmen?
29. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)
- Ist die deutsche Raffineriewirtschaft im Vergleich mit anderen europäischen Ländern in besonderem Ausmaß vom Kapazitätsabbau betroffen?
30. Abgeordnete
**Frau
Schmidt**
(Nürnberg)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die künftige Entwicklung des mittelfränkischen Arbeitsmarktes angesichts der Tatsache, daß in den zurückliegenden zehn Jahren allein im Bereich der Metallindustrie Nürnbergs bereits 28 000 Arbeitsplätze abgebaut wurden und nach Schätzungen bis 1990 weitere 25 000 bis 30 000 Arbeitsplätze dort verloren zu gehen drohen?
31. Abgeordnete
**Frau
Schmidt**
(Nürnberg)
(SPD)
- Rechnet die Bundesregierung mit einer Veränderung der Marktanteile der einzelnen Unterhaltungsindustrie- und Elektronikkonzerne und mit Umsatzeinbußen des holländischen Philips-Konzerns auf dem bundesdeutschen Markt auf Grund Verbraucherreaktionen angesichts der von der Philips-Konzernleitung für die Philips-Tochter Grundig AG angekündigten Massentlassungen?
32. Abgeordneter
Lutz
(SPD)
- Sind nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die bei der Grundig AG geplanten Massentlassungen und Werkschließungen der Beginn einer Entwicklung, an deren Ende die gesamte Grundig-Produktion im Raum Nürnberg-Fürth und darüber hinaus stillgelegt werden und nur noch das Vertriebsnetz der Firma zugunsten des holländischen Philips-Konzerns erhalten bleiben wird?
33. Abgeordneter
Lutz
(SPD)
- Welche Folgen auf die Lage und internationale Wettbewerbsfähigkeit der bundesdeutschen Unterhaltungs- und Elektronikindustrie insgesamt hätte nach Einschätzung der Bundesregierung eine Verwirklichung der Beschlüsse des Philips-

- Konzerns zu Massenentlassungen und Werkschließungen bei der Grundig AG, und stimmt die Bundesregierung der Einschätzung zu, daß eine solche Verwirklichung einem Ausverkauf der angesprochenen Industriezweige gleichkäme?
34. Abgeordneter
Haase
(Fürth)
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, der Grundig AG im Rahmen des Kartellrechts bei der Ausweitung von Produktion und Vertrieb im Bereich der Bürotechnik entgegenzukommen?
35. Abgeordneter
Dr. Haack
(SPD)
- In welchen Bereichen und mit welchem Auftragsvolumen war der Bund bislang Kunde der Grundig AG?
36. Abgeordneter
Dr. Haack
(SPD)
- In welchen Bereichen war und ist der Philips-Konzern Vertragspartner des Bundes bzw. bundeseigener Unternehmen, um welches Auftragsvolumen handelte bzw. handelt es sich dabei?
37. Abgeordneter
Gerstl
(Passau)
(SPD)
- Treffen nach dem Kenntnisstand der Bundesregierung Informationen zu, nach denen seit Schließung des Grundig-Werkes Neuburg an der Donau im September 1980 15 300 Arbeiter und Angestellte in Grundig-Werken ihre Arbeit verloren, darunter allein zwischen dem 31. März 1982 und dem 31. März 1984 6 400 Arbeitnehmer, und welche Informationen hat die Bundesregierung gegebenenfalls über die Gründe der Entlassungen in den inländischen Werken des Konzerns?
38. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen der von den angezeigten Massenentlassungen betroffenen Grundig-Mitarbeitern, in der Region Mittelfranken gegebenenfalls wieder einen zumutbaren neuen Arbeitsplatz zu finden?
39. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD)
- Welche Forschungs- und Entwicklungs-Mittel hat die Bundesregierung der Grundig AG bereits zur Verfügung gestellt, und welche wird sie angesichts der jetzigen Situation und der Notwendigkeit neuer Produktlinien des Unternehmens nunmehr zur Verfügung stellen können?
40. Abgeordneter
Lambinus
(SPD)
- Rechtfertigt nach Ansicht der Bundesregierung die zu befürchtende Entwicklung auf Grund der Massenentlassungen deren Kennzeichnung als „Beschäftigungskatastrophe in Nordbayern“?
41. Abgeordneter
Kißlinger
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Lage der Firma Grundig AG angesichts der Pläne zu Massenentlassungen, und welche Erfolgsaussichten billigt sie diesem Weg (im Gegensatz zu den Sanierungsvorschlägen des Betriebsrates und der Mac-Kinsey-Unternehmensberatung) nach seinem bisherigen Scheitern nunmehr zu?

- | | |
|---|---|
| 42. Abgeordneter
Schmidt
(München)
(SPD) | Ist die Bundesregierung in der Lage und gegebenenfalls bereit, ein Zustandekommen des vom Betriebsrat und IG Metall vorgeschlagenen Beschäftigungsplanes für den Grundig-Konzern zu unterstützen? |
| 43. Abgeordneter
Vahlberg
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung der Unterhaltungselektronikbranche, und welche Konzeptionen hat die Bundesregierung, um den betroffenen Unternehmen bei den strukturellen Anpassungsprozessen zu helfen? |
| 44. Abgeordneter
Vahlberg
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit im Rahmen der Förderung eines Verbundprojekts der Firma Grundig AG mit dem Heinrich-Hertz-Institut in Berlin, den „hochauflösenden“ Bildschirm zur Marktreife zu führen? |
| 45. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) | Ist die Bundesregierung in der Lage und gegebenenfalls bereit, die Firma Grundig AG bei der Entwicklung eines Videogerätes auf der Basis der Digitaltechnik zu fördern? |
| 46. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Firma Grundig AG bei der Entwicklung von elektronischen Meß- und Diagnosesystemen für die Anwendungsbereiche Umwelt- und Medizintechnik zu unterstützen? |
| 47. Abgeordneter
Amling
(SPD) | Prüft die Bundesregierung – etwa im Rahmen von Förderprogrammen und deren Bedingungen – die bayerische Ansiedlungspolitik, und wie beurteilt sie gegebenenfalls die Ungleichgewichtigkeit dieser Politik (z. B. Vernachlässigung des Nürnberger Wirtschaftsraumes) im Hinblick auf die Informations- und Kommunikationstechnologien? |
| 48. Abgeordneter
Amling
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Bedeutung der Grundig-Lehrwerkstatt in Nürnberg-Fürth vor dem Hintergrund der regionalen Jugendarbeitslosigkeit und der sogenannten Lehrstellengarantie des Bundeskanzlers angesichts ihrer Bestandsgefährdung durch die Massenentlassungs- und Werkschließungspläne des Grundig-Konzerns, und wie will sie sich für den Erhalt dieser Lehrwerkstatt einsetzen? |
| 49. Abgeordneter
Verheugen
(SPD) | Hat die Bundesregierung – gegebenenfalls im Zusammenwirken mit der bayerischen Staatsregierung – seit Bekanntwerden der geplanten Massenentlassungen bei der Grundig AG ihren Einfluß geltend gemacht, um die Existenz des Grundig-Zweigwerks in Bayreuth zu sichern? |

50. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- Welche Auswirkungen hätte nach Auffassung der Bundesregierung die Einstellung der Produktion im Grundig-Zweigwerk Bayreuth für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Wirtschaftsraums Bayreuth?
51. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Tochterunternehmen von Firmen aus der Schweiz und Frankreich im Auftrag von dreizehn afrikanischen und vier lateinamerikanischen Staaten alle deutschen Exporte nach diesen Ländern einer bürokratischen Preisprüfung unterwerfen und damit die freie Exportpreisbildung behindern?
52. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um solche Beeinträchtigungen der deutschen Exportwirtschaft zumindest wirksam einzugrenzen und die Ausdehnung solcher ordnungspolitisch bedenklichen Zwangsprüfungen auch auf die Exporte nach weiteren Zielländern zu verhindern?
53. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, der Anregung aus der Bauwirtschaft zu folgen, Investitionsanreize für Kommunen durch Aufstokkung des ERP-Kreditrahmens für Investitionen um zehn Milliarden DM und Verbesserung der Konditionen für diese Kredite zu geben?
54. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Wie hoch sind die Herstellungskosten von Superbenzin, Normalbenzin und Dieselmotorkraftstoff, und teilt die Bundesregierung die Meinung, die Höhe der Dieselmotorkraftstoffpreise sei berechtigt?
55. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Gibt es derzeit Engpässe auf dem Heizölmarkt, und wie wirken sich diese aus?
56. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß an Tankstellen der sogenannten Billiganbieter in erheblichem Ausmaß „gepantstes“ Superbenzin verkauft wird, und was kann sie im Rahmen ihres Verantwortungsbereichs über den Erlass von Allgemeinen Verwaltungsvorschriften hinaus dagegen unternehmen?
57. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)
- Welche Schlußfolgerung zieht die Bundesregierung aus der jüngsten Studie des Rheinisch-Westfälischen-Instituts für Wirtschaftsforschung, nach der ein Abbau der mit öffentlichen Mitteln bekleideten Steinkohleförderung trotz der damit verbundenen Reduzierung von Subventionen zu einer zusätzlichen Belastung nicht nur des Arbeitsmarktes, sondern auch der öffentlichen Haushalte führen würde?

58. Abgeordneter
Schemken
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung Pläne des Automobilkonzerns Ford AG bekannt, wonach im europäischen Bereich Veränderungen der Produktionsstandorte angesprochen werden, und welche Folgerungen ergäben sich daraus für den Arbeitsmarkt?
59. Abgeordneter
Schemken
(CDU/CSU)
- Sind bei solchen Überlegungen möglicherweise die Produktionsstätten Köln und Wülfrath/Kreis Mettmann mit in der Diskussion?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

60. Abgeordnete
**Frau
Dr. Bard**
(DIE GRÜNEN)
- Welche Schritte will die Bundesregierung unternehmen, um den zunehmenden Hautschäden bei Schlachtrindern durch Haltung und transportbedingte Schäden entgegenzutreten, die in Untersuchungen der medizinischen und gerichtlichen Veterinärklinik II in Gießen festgestellt wurden?
61. Abgeordneter
Bredehorn
(FDP)
- Hält die Bundesregierung die Angaben des Präsidenten des schleswig-holsteinischen Bauernverbandes für zutreffend, nach denen im laufenden Milchwirtschaftsjahr eine Minderauszahlung von 141 Millionen DM an die schleswig-holsteinischen Milchviehhalter als Folge der Milchquotenregelung zu erwarten ist (siehe AGRA EUROPE vom 4. März 1985)?
62. Abgeordneter
Bredehorn
(FDP)
- Wenn ja, kann die Bundesregierung Angaben machen, wie hoch in etwa der Einnahmeausfall durch die Milchkontingentierung für die Milchviehhalter der Bundesrepublik Deutschland ist?
63. Abgeordneter
Dr. Göhner
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die Frist zur Beantragung der sogenannten „Milchrente“ auch über den 31. März 1985 hinaus zu verlängern, und welche Garantiemenge ist durch die bisher gestellten Anträge auf die sogenannte „Milchrente“ erfaßt?
64. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Treffen Aussagen des Deutschen Imkerbundes zu, wonach aus der DDR Bienenhonig zu Dumpingpreisen eingeführt wird, und wenn ja, was will die Bundesregierung hiergegen tun?
65. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung die Meinung teilen, daß deutsche Imker gegenüber anderen Imkern in Westeuropa, z. B. Italienern, benachteiligt sind und eine Wettbewerbsverzerrung vor allem auch deshalb eintritt, weil der zur Fütterung benötigte Zucker zu teuren Preisen erstanden werden muß, und wenn ja, was will die Bundesregierung hiergegen tun?

66. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Wie hat sich durch den hohen Stand des Dollar-kurses die Wettbewerbslage auf dem Weltmarkt geändert, und gegebenenfalls warum fließt nicht mehr Getreide aus den Lagern der Europäischen Gemeinschaft ab?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

67. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Welche Überlegungen haben den Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen bewogen, ein Vorwort für das Buch „Überleben war alles...“ (Verfasser: Gerhard Sill, Stuttgart) zu schreiben, in dessen Nachtrag behauptet wird, es sei eine „Lüge“, die Deutschen hätten 1941 Rußland überfallen?
68. Abgeordneter
Löffler
(SPD)
- Welche Probleme sieht die Bundesregierung für Philatelisten in der Bundesrepublik Deutschland, mit Bürgern der DDR Briefmarken auszutauschen?
69. Abgeordneter
Löffler
(SPD)
- Hat die Bundesregierung die Absicht, durch Verhandlungen mit der DDR diese Schwierigkeiten abbauen zu helfen?
70. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Trifft der Bericht im Tagesspiegel vom 15. Februar 1985 zu, daß in der Nacht vom 6./7. Februar 1985 ein aus Afghanistan stammender und mit einem pakistanischen Paß reisender Asylbewerber auf dem Weg in ein bayerisches Aufnahme-lager von Grenzorganen der DDR am Kontrollpunkt Drewitz mehrere Stunden lang festgehalten, körperlich mißhandelt und zurückgewiesen wurde?
71. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung getan, um den Vorfall aufzuklären und gegebenenfalls gegenüber der DDR zu beanstanden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

72. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD)
- Welche gesetzgeberischen Konsequenzen sind nach Auffassung der Bundesregierung aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 16. November 1982 und den Beschlüssen des Bundesarbeitsgerichts vom 28. Februar 1985 zum Kündigungsrecht zu ziehen, und wann gedenkt die Bundesregierung einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen?

73. Abgeordneter
Reschke
(SPD)
- Welche Entscheidungen der Bundesregierung oder der Bundesanstalt für Arbeit liegen vor oder sind in Vorbereitung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (AB-Maßnahmen) gegenüber den jeweiligen Trägern in der Bezuschussung zu kürzen auf 80 v. H. der bisherigen Förderungssumme bei Bewilligung neuer Maßnahmen oder Verlängerung bereits laufender Maßnahmen?
74. Abgeordneter
Reschke
(SPD)
- Wie viele der in Zukunft zu bewilligenden AB-Maßnahmen oder zu verlängernden AB-Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit sind voraussichtlich von diesen Kürzungen betroffen (differenziert nach privaten und öffentlich-rechtlichen Trägern), und welche Einsparsummen ergeben sich daraus für den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit?
75. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang längerfristige Arbeitslose beim Bezug von Arbeitslosenhilfe herabgestuft werden, weil nach Einschätzung der Arbeitsverwaltung durch die Entwicklung des Arbeitsmarktes und der persönlichen Voraussetzungen der Betroffenen auf niedrigere Lohngruppen verwiesen wird, und trifft es zu, daß auch dadurch immer mehr Arbeitslose auf Sozialhilfe angewiesen sind?
76. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Welche Maßnahmen sind nach Auffassung der Bundesregierung notwendig, um es nicht zur sogenannten „Arbeitslosenhilfe-Rutsche“ kommen zu lassen, und reicht der Personalbestand in den Arbeitsämtern aus, die notwendigen Hilfen zu leisten?
77. Abgeordneter
Haase
(Fürth)
(SPD)
- Wie gedenkt die Bundesregierung auf die Bundesanstalt für Arbeit einzuwirken, daß diese schnell und unbürokratisch umfassende betriebliche und außerbetriebliche Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen im Rahmen neuer Produktlinien für entlassungsgefährdete Grundig-Mitarbeiter fördert?
78. Abgeordneter
Lambinus
(SPD)
- Welche Folgen sind nach Ansicht der Bundesregierung auf Grund der bei der Firma Grundig AG geplanten Massenentlassungen kurz- und längerfristig bei der Entwicklung der regionalen und überregionalen Arbeitslosenzahlen und beim Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit zu erwarten?
79. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch der Aussage des Bundeskanzlers auf dem CDU-Bundesparteitag am 20. März 1985, in der es hieß: „Denken wir nur an jene kühlen Rechner, die Familienangehörige erst im eigenen Betrieb beschäftigen, um ihnen dann zu kündigen, damit sie Arbeitslosengeld kassieren . . . Das ist keine Frage von Gesetz, sondern eine Frage

der Moral.“ im Verhältnis zu der Darstellung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vom 23. August 1984, daß die Arbeitslosenversicherung eine Pflichtversicherung sei, der jeder Beitragspflichtige unabhängig von seinen subjektiven Wünschen angehöre und daß dementsprechend dem Beitragszahler im Fall der Arbeitslosigkeit Arbeitslosengeld unabhängig von seinen Einkommensverhältnissen und denen seines Ehegatten zustehe?

80. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)

Beabsichtigt der Bundeskanzler, auf diesem Hintergrund dem Kabinett eine Novellierung des AFG vorzulegen, wonach Familienangehörigen, die im eigenen Betrieb beschäftigt sind, kein Anspruch auf Arbeitslosengeld mehr gewährt werden soll?

81. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den zu erwartenden innerbetrieblichen Schwierigkeiten zu begegnen, zu denen voraussichtlich gerade in kleinen und mittleren Betrieben die Anwendung des Urteils des Großen Senats des Bundesarbeitsgerichts in Kassel zum Kündigungsschutz für Arbeitnehmer (GS 1/84 - 7 AZR 444/81 vom 27. Februar 1985) führen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

82. Abgeordneter
Vogt
(Kaiserslautern)
(DIE GRÜNEN)

Welche Aussagen machen die Führungs- und Einsatzgrundsätze der NATO und der Bundeswehr zu den verschiedenen Atomic Demolition Munitions-Typen (ADM: SADM und MADM)?

83. Abgeordneter
Vogt
(Kaiserslautern)
(DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung vor dem Hintergrund ihres bisherigen Bestreitens der offensiven Rolle von ADMs die Aussage der für die US Defense Nuclear Agency am 1. September 1980 erstellte Studie „A Net Assessment of Tactical Nuclear Doctrine for the Integrated Battlefield“: „ADM können eine offensive Rolle spielen ... Pionier- oder Special-Forces-Teams tief in das sowjetische/Warschauer Pakt-Hinterland eingesickert und mit ADM (MADM) oder SADM ausgerüstet, können Ziele lokalisieren und angreifen, die ansonsten nicht zeitgerecht erreicht werden könnten. Mobile Ziele wie nukleare Abschußsysteme oder Logistikeinheiten und ... C³-Mittel könnten in nahezu Echtzeit durch die Nutzbarmachung von Geheimhaltung und Überraschung angegriffen werden“?

84. Abgeordneter
Gansel
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Chef der US-Ausbildungsabteilung für ADM über den Einsatz von SADM in der Zeitschrift „Military Review“ vom November (Nr. 11) 1982 feststellt: „ADM bieten auch Vorteile, um den Angriff in die Tiefe gemäß der Airland Battle-Doktrin zu

- untersützen. Einheiten der US-Special Forces haben die Fähigkeit, atomare Sprengladungen einzusetzen, um Schlüsselstellungen und Einrichtungen tief im gegnerischen Territorium zu zerstören", und wie bewertet sie dies im Zusammenhang mit ihrer Feststellung in der Fragestunde vom 16. Januar 1985: „Der Einsatz der hier in Rede stehenden ADM dient ausschließlich defensiven Aufgaben entsprechend dem Auftrag der NATO“?
85. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)
- Ist es richtig, daß in Dienstvorschriften der US-Streitkräfte für den Einsatz taktischer Nuklearkraften vorgesehen ist, daß „Spezialeinheiten mit besonderen Kenntnissen der Einsatzregion und besonderen Sprachkenntnissen vor oder nach Beginn der Kampfhandlungen in Feindgebiet einsickern“, um SADMs zum Einsatz zu bringen, und wenn ja, ist die Bundesregierung mit mir der Auffassung, daß dieser beabsichtigte Einsatz von Special atomic demolition munitions (SADM) dem ausschließlich defensiven Auftrag der NATO widerspricht?
86. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)
- Welche Aufgaben hat die in Hanau stationierte, dem V. US-Korps unterstellte ADM-Kompanie, und welche Zuarbeitsfunktionen haben die Spezial-Sperrkompanien bei den deutschen Korps und bei der 6. Panzergrenadierdivision?
87. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß alles getan werden muß, um die atomare Schwelle zu heben, und wenn ja, warum tritt sie dann nicht für einen konsequenten Abzug aller atomaren Gefechtsfeldwaffen, insbesondere derjenigen mit kurzer Reichweite, ein?
88. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Kann die Bundesregierung erklären, daß es bei der beabsichtigten Modernisierung von nuklearen Gefechtsfeldköpfen der Rohrartillerie um den Ersatz durch gleichwertige Mittel geht, oder handelt es sich nicht in Wirklichkeit um eine Kampfwertsteigerung der nuklearen Gefechtsfeldwaffen hinsichtlich solcher Kriterien wie Reichweite und Zielgenauigkeit, um das Einsatzspektrum dieser Waffen zu vergrößern?
89. Abgeordneter
Horn
(SPD)
- Warum erklärt die Bundesregierung immer wieder, in Montebello sei der Abbau von 1400 nuklearen Gefechtsköpfen beschlossen worden, und verschweigt dabei, daß es sich zugleich um eine Erneuerung und qualitative Verbesserung des verbleibenden nuklearen Potentials handelt?
90. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Dient die sogenannte „Schnupfenstudie“ bzw. die Untersuchung des Medikamentes „Interferon“ im Institut für Wehrmedizin und Hygiene in Koblenz der Erprobung von Abwehrmöglichkeiten inhalatorischer und bakteriologischer Kampfstoffe oder nur der Erprobung eines neuen Medikamentes gegen Schnupfen?

91. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Wer hat diese Studie am Institut für Wehrmedizin und Hygiene in Auftrag gegeben sowie genehmigt, und wie wird diese Studie finanziert?
92. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die Sparpause für Wehrpflichtige wieder einzuführen, und wenn nein, warum nicht?
93. Abgeordneter
Berger
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß die regelmäßige Dienstzeit der Soldaten im Frieden und außerhalb von großen Übungen möglichst nicht wesentlich über der vergleichbarer ziviler Berufsgruppen, insbesondere solcher im öffentlichen Dienst liegt?
94. Abgeordneter
Berger
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, zu diesem Zweck die militärische Führung zu beauftragen, die notwendigen organisatorischen Maßnahmen zu treffen, inklusive des Verzichtes auf Ausbildungsforderungen, die ihrer Art, Menge und Intensität nach notwendigerweise zu regelmäßig höheren Dienstzeiten führen müssen?
95. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß Lehrgangsteilnehmer an der Offizierschule des Heeres in Hannover in ihren Lehrgängen aufgefordert wurden, in Uniform an einer öffentlichen Veranstaltung mit dem Bundesminister der Verteidigung teilzunehmen?
96. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß es sich bei dieser Veranstaltung am 5. März 1985 um eine Parteiveranstaltung der CDU handelte?
97. Abgeordnete
Frau Reetz
(DIE GRÜNEN)
- Welcher Zusammenhang besteht zwischen den Ausführungen des US-Unterstaatssekretärs für politische Angelegenheiten Armacost über „Die Bedeutung eines Kräftegleichgewichts für die NATO auch in anderen geographischen Regionen, insbesondere im pazifischen Raum“ und der Ankündigung im Manöverkatalog der Bundesmarine, sie wolle zusammen mit der British Navy und der französischen Marine an einer Übung im Indischen Ozean teilnehmen, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Ankündigung im Lichte der bisher vom Bundesministerium der Verteidigung immer wieder abgegebenen Versicherungen, eine strikte Beschränkung auf NATO-Gebiet – Atlantischer Ozean und Nordmeer – einzuhalten?
98. Abgeordneter
Weiß
(CDU/CSU)
- Stimmt die Meldung in „Bild am Sonntag“ vom 17. März 1985, wonach die Soldaten der Bundeswehr während der 14tägigen NATO-Übung WINTEX nur einen Tag Sonderurlaub bekamen, während die Bediensteten der Truppenverwaltung neun Tage Urlaub erhielten und die Überstunden bis zu 900 DM vergütet wurden?

99. Abgeordneter
Weiß
(CDU/CSU)
- Ist die in der gleichen Zeitung aufgestellte Behauptung zutreffend, daß die Bediensteten der Truppenverwaltung in Hotels untergebracht waren, und wäre es dem Zweck der Übung entsprechend nicht realistischer gewesen, sie den vergleichbaren Bedingungen zu unterwerfen, wie sie für die Soldaten galten?
100. Abgeordneter
Delorme
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Presseberichte bestätigen, wonach die ursprünglichen Forderungen der US-Streitkräfte, im Mainzer Raum zusätzliche Geländeflächen in einer Größe von 70 Hektar für Militärzwecke in Anspruch zu nehmen, auf Grund massiver Proteste der zuständigen Behörden und Kommunalparlamente sowie der gesamten Bevölkerung wesentlich reduziert wurden und jetzt noch rund 14 Hektar betragen sollen?
101. Abgeordneter
Delorme
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Auskunft über den derzeitigen Stand der Verhandlungen geben und über ihre Bemühungen, die amerikanischen Streitkräfte zu bewegen, angesichts der schon vorhandenen Massierung militärischer Einrichtungen im Mainzer Raum ganz auf zusätzliche Geländeforderungen zu verzichten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie und Gesundheit**

102. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Deutsche Bundesjugendring in der Woche vom 4. bis 8. März 1985 in der Hauptstadt Costa Ricas ein Mittelamerika-Seminar veranstaltet hat, bei dem Sandinisten aus Nicaragua und Aufständische aus El Salvador mit marxistisch-leninistischen Auffassungen den Ton angaben, während Teilnehmern aus christlichen Jugendorganisationen das Rederecht beschnitten wurde (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. März 1985), und kann daraus geschlossen werden, daß der Deutsche Bundesjugendring sich jedenfalls bei Auslandsaktivitäten nicht mehr an die Prinzipien unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung gebunden fühlt?
103. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Ist es mit der Mittelamerika-Politik der Bundesregierung, die auf eine Unterstützung der Demokratie und der Menschenrechte in Mittelamerika ausgerichtet ist, vereinbar, wenn derartige Veranstaltungen des Deutschen Bundesjugendrings mit Steuergeldern gefördert werden?
104. Abgeordneter
Schlottmann
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die vom Deutschen Jugendring mit Unterstützung von deutschen Steuergeldern in Costa Rica durchgeführte Veranstaltung über die Lage Mittelamerikas, wobei es durch den Auszug der christlichen

Jugendverbände wegen Bevorzugung kommunistischer Teilnehmer zu einem Eklat kam und außerdem die örtlichen Zeitungen das Verhalten auch der deutschen Teilnehmer wegen ihres naiven Glaubens an die sandinistische Revolution kritisierten?

105. Abgeordneter
Schlottmann
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung das jetzt der deutschen Öffentlichkeit bekanntgegebene Aktionsvorhaben der American Health Foundation (Amerikanische Gesundheitsorganisation), auch in der Bundesrepublik Deutschland Kampagnen, insbesondere auch für Kinder durchzuführen mit dem Ziel, auf gesundheitsschädliche Lebensweisen aufmerksam zu machen und durch besondere Aktionen vor den Gefahren ungesunder Lebensweisen wie Überernährung, Rauchen und Alkohol zu warnen?

106. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)

Wie hoch ist die Zahl jüngerer erwachsener Behindelter, die gezwungen sind, in Alten- und Pflegeheimen zu leben und daher nicht gefördert werden bzw. nicht sachgerecht und ihrer persönlichen Situation entsprechend untergebracht sind?

107. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Fehlbelegung jüngerer Erwachsener in Alten- und Pflegeheimen zugunsten dieses Personenkreises zu beseitigen und die Behinderten einer personengerechten Betreuung und Förderung zuzuleiten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

108. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung bereit, Qualitätsmerkmale für aufbereiteten Bauschutt festzusetzen, damit dieser als Unterbau für Bundesfernstraßen dienen und damit die Grundwassergefährdung durch überzogenen Kiesabbau verringert werden kann?

109. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)

Für welchen Zeitraum gilt die Zusage der Bundesregierung, die im Grenzland gelegenen Bundesbahnausbesserungswerke Fulda und Weiden aufrechtzuerhalten, und wird die Bundesregierung, um ein Ausbluten dieser Werke zu verhindern, auch Neueinstellungen bewilligen?

110. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)

Welches Ergebnis hatten die Gespräche mit den Ländern Bayern und Hessen, Investitionshilfen für die Modernisierung der Bundesbahnausbesserungswerke Weiden und Fulda zu leisten, und wird die Bundesregierung zusammen mit dem Vorstand der Deutschen Bundesbahn mit konkreten Vorschlägen auf die Länder zugehen?

111. Abgeordneter
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, dafür zu sorgen, daß die Zahl der schweren Verkehrsunfälle auf unseren Straßen, bedingt durch überhöhte Geschwindigkeiten, durch Alkohol, durch aggressive Fahrweisen, insbesondere bei jungen Verkehrsteilnehmern, drastisch gesenkt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

112. Abgeordneter
Schanz
(SPD)
- Behandelt die Bundesregierung die beiden Anträge der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe von Sommer und Herbst 1983 zur Bereitstellung von Betriebskapital für die Herstellung unentbehrlicher Medikamente bei Dhaka/Bangladesh deshalb so zögerlich, weil sie befürchtet, daß deutsche Pharmaproduzenten einen großen Markt verlieren?
113. Abgeordneter
Schanz
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß dadurch diesem ärmsten Land der Dritten Welt die Chance genommen wird, sich wenigstens auf dem Sektor der Arzneimittelproduktion aus der Abhängigkeit von Industriestaaten und multinationalen Konzernen zu lösen?
114. Abgeordnete
**Frau
Gottwald**
(DIE GRÜNEN)
- Welche Beweise hat die Bundesregierung für die von ihr als Begründung für den Stopp der Entwicklungshilfeleistungen an Nicaragua angeführte „Destabilisierung der Region durch Nicaragua“, und falls es konkrete Beweise gibt, aus welchen Quellen stammen diese?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

115. Abgeordneter
Dr. Feldmann
(FDP)
- Welche konkreten Bemühungen hat die Bundesregierung bisher unternommen, um ihre am 27. August 1980 von Bundesminister Genscher vor der 11. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen vorgetragene Forderung nach einem internationalen Rüstungskataster durchzusetzen, und wie sind diese Bemühungen durch die Partner im Atlantischen Bündnis unterstützt worden?
116. Abgeordneter
Dr. Feldmann
(FDP)
- Woran bzw. am Widerstand welcher Länder sind ihre diesbezüglichen Bemühungen bisher gescheitert?
117. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Ist der Bundesregierung der Offene Brief der Anti-Apartheid-Bewegung an Bundesminister Genscher zur Verhaftung der Führer der „United Democratic Front“ in Südafrika bekannt?

118. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung unternommen, um die Freilassung der Oppositionspolitiker Albertina Sisulu, Pfarrer Frank Chikane, Cassim Saloojee, Sam Kikine, Isaac Ngcobo und Professor Ismail Mohammed zu erreichen?
119. Abgeordneter
Klose
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Einladung zu einem Staatsbesuch, der der paraguayische Präsident Stroessner im Jahr 1973 gefolgt ist, von dem vormaligen Bundespräsidenten Lübke und nicht vom Bundespräsidenten Heinemann ausgesprochen worden ist?
120. Abgeordneter
Klose
(SPD)
- Trifft es zu, daß sich bei dem obengenannten Staatsbesuch sowohl der damalige Bundespräsident Heinemann als auch der damalige Bundeskanzler Brandt geweigert haben, Präsident Stroessner zu empfangen?
121. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Seit wann fordert die Bundesregierung in den dafür zuständigen NATO-Gremien den Abzug der SADM und MADMs, und mit welchem Ergebnis kann bei den Verhandlungen über deren Abzug gerechnet werden?
122. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Meldungen bestätigen, wonach in einer landesweiten Kampagne seit Ende 1984 die in Bulgarien lebenden Türken gezwungen werden, ihre türkischen Namen abzulegen und bulgarische anzunehmen, und wenn ja, sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Volksrepublik Bulgarien die Schlußakte von Helsinki unterzeichnet hat, auf Bulgarien einzuwirken, die Menschenrechte auch für die türkische Minderheit zu gewährleisten?
123. Abgeordneter
Horn
(SPD)
- Will die Bundesregierung der Regierung der USA gegenüber dem Kongreß eine Legitimationshilfe für die Produktion neuer Gefechtsköpfe für die Rohrartillerie 203 Millimeter und 155 Millimeter dadurch geben, daß sie schon vorab ihre Zustimmung zur Lagerung der in Frage stehenden Gefechtsköpfe auf deutschem Boden gibt?
124. Abgeordnete
Frau
Gottwald
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung derselben Meinung wie Staatsminister Dr. Mertes, daß in der Mittelamerikapolitik die Glaubwürdigkeit der politischen Solidarität Westeuropas mit den Vereinigten Staaten von Amerika auf dem Spiel stehe, und falls ja, worin besteht der Beitrag der Bundesregierung zu dieser Solidarität Westeuropas mit der Zentralamerikapolitik des NATO-Partners USA?

125. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den abgelehnten Asylantrag des Smart Alpha Kargbo unter außenpolitischen und menschenrechtlichen Gesichtspunkten, nachdem der Direktor des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche Deutschlands, Dr. Hans Otto Hahn, dem Sozialdienst Katholischer Männer zuverlässig und glaubwürdig erklärt hat, es gebe sichere Hinweise, daß der abgeschobene Asylant Smart Alpha Kargbo nach Ankunft in Freetown (Sierra Leone) doch eines gewaltsamen Todes gestorben sein soll?
126. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Welche Schlüsse und Folgerungen wird die Bundesregierung in der Zusammenarbeit mit Sierra Leone ziehen, falls die Aussagen von Dr. Hahn belastbar sind, daß Kargbo nach Ankunft in Sierra Leone durch Gewalt zu Tode kam?
127. Abgeordnete
Frau
Reetz
(DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch in Aussagen zum Einsatz deutscher Waffen im Golfkrieg zwischen Äußerungen des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Möllemann, in der „Bonner Rundschau“ (Aktuelles Interview): „Deutsche Waffen sind übrigens nicht im Einsatz, auf keiner Seite“ und der Berichterstattung deutscher Rundfunkkorrespondenten in den USA, wonach deutsche Waffen und Waffenteile auf dem Umweg über andere Länder, z. B. Frankreich, an beide kriegführenden Länder verkauft werden, und wie würde die Bundesregierung auf einen internationalen Aufruf zu einem sofortigen Waffenembargo reagieren?
128. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Welche Beschuldigungen sind zur angeblichen Begründung von Störsendungen durch die bulgarische Regierung dem Bundesminister des Auswärtigen während seines Besuches in Sofia vorgetragen, und in welcher Weise sind sie zurückgewiesen worden?
129. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Sind Fernsehsendungen in Jordanien seitens der Bundesregierung bereits aufgenommen worden, und – bejahendenfalls – obläge ein derartiges Projekt nicht vom Gesetz her der Deutschen Welle?
130. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Warum hat die Bundesregierung noch immer nicht das Ratifizierungsverfahren zu den auf der Diplomatischen Konferenz 1977 beschlossenen Zusatzprotokollen zu den Genfer Abkommen von 1949 eingeleitet, und welche konkreten Handlungsschritte hat die Bundesregierung seit der letzten Anfrage aus dem Deutschen Bundestag vom November 1984 dazu unternommen?

131. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Wann gedenkt die Bundesregierung das Ratifizierungsverfahren einzuleiten?
132. Abgeordneter
Dr. Schierholz
(DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen hat sich die Bundesregierung bislang nicht in der Lage gesehen, den Prozeß zur Ratifizierung der Genfer Zusatzprotokolle (vgl. Drucksache 10/406) weiter zu betreiben und einem Abschluß zuzuführen, wie Staatsminister Möllemann dies gegenüber dem Deutschen Bundestag am 26. Januar 1984 (Drucksache 10/50) noch für den Verlauf des Jahres 1984 angekündigt hatte?

Bonn, den 22. März 1985

